

Wien, 8. 2. 1990

Betr.: Psychotherapiegesetz

Strv Psychologie

Wasag. 12

1090 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	4-GE/950
Datum: 12. FEB. 1990	
Verteilt 12.2.90 <i>Persubhagen</i>	

Stellungnahme der Studienrichtungsvertretung
Psychologie

Die Strv begrüßt die Grundintention des vorliegenden Entwurfs des Psychotherapiegesetzes, die den Anspruch erhebt, eine umfassende Reform des bestehenden psycho - sozialen Systems einzuleiten.

Zentralen Stellenwert in unserer positiven Einschätzung des Entwurfs nimmt der prinzipiell offene Zugang zur Ausbildung ein (§10 (1)). Der Einfluß der Praxiserfahrung verschiedener Berufsgruppen hat sich in der Entstehung der Psychotherapie als fruchtbar erwiesen.

Dieser interdisziplinäre Zugang bleibt durch den vorliegenden Entwurf gewahrt.

Die Forderung nach Quellenberufen bzw. nach einem abgeschlossenen Studium als Bedingung für die psychotherapeutische Ausbildung erweist sich als nicht sinnvoll, da die für den Beruf der PsychotherapeutIn notwendigen Ausbildungsinhalte im Entwurf enthalten sind. Weiters wird von uns positiv bewertet: Verzicht auf eine kammer - ähnliche Konstruktion und somit standesbornierte Interessensvertretung. Da im psycho-sozialen Betätigungsfeld sehr viele Berufsgruppen arbeiten, ist eine ständisch orientierte TherapeutInnenkammer nicht angebracht.

Berufsdeklarationspflicht, Auskunftspflicht über Gang und Methode der vorgesehenen Behandlung und gestzliche Regelung des Ausbildungsweges entsprechen langjährigen Forderungen der KonsumentInnen.

Folgende Punkte scheinen uns im Entwurf zu wenig bedacht :

ad offener Zugang:

Der von uns befürwortete offene Zugang wird durch die Reifeprüfungsklausel eingeschränkt.

ad Ausbildung:

materielle Absicherung der Auszubildenden: ist im Entwurf in keiner Weise geregelt. Ausgehend von der Annahme, daß die Praxisteile der Ausbildung entlohnt werden, bleibt die finanzielle Absicherung der Theorieteile offen.

Allgemein ist der soziale Status der Auszubildenden nicht definiert.

Die finanzielle Absicherung ist angesichts der im Gesetzesentwurf vorgesehenen Altersregelungen noch mehr erforderlich.

Weiterer Kritikpunkt ist, daß nach dem Propädeutikum kein Rechtsanspruch auf eine Fortführung der Ausbildung besteht.

Die in §3 und §6 quantitativ geregelten Ausbildungsinhalte sollen qualitative Ansätze wie feministische Theorie und Praxis und Theorien d. gesellschaftliche Entstehungsbedingungen von psychischen Leiden abdecken

Wie aus §4(1) hervorgeht, wird ein wesentlicher Teil der Ausbildung auf Universitätsinstituten absolviert, was eine enorme Mehr - belastung der kargen Institutsbudgets bedeutet. Dies muß eine Aufstockung der Institutsbudgets zur Folge haben.

ad Konsultationszuweisung:

Die bloße Aufforderungspflicht kann keine patientInnenorientierte Behandlung garantieren.

Um die gegenseitige Verpflichtung zur Konsultationszuweisung aus dem Ermessensbereich der ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen auszulagern, stellen wir die Einrichtung von entsprechenden Beratungsstellen für Hilfesuchende zur Diskussion.

ad Psychotherapiebeirat:

In der Zusammensetzung des Psychotherapiebeirats (§21(2)) sind die Auszubildenden nicht berücksichtigt, was demokratiepolitisch nicht vertretbar ist. Wir sehen 3 betroffene Gruppen: Konsum/entInnen / Auszubildende / Ausbildungsinstitutionen und schlagen daher eine drittelparitätische Lösung vor.

Die Strv Psychologie an der Universität Wien begrüßt grundsätzlich die nicht an die österreichische Staatsbürgerschaft gebundene Zulassung zur Psychotherapieausbildung.

Diese sollte allerdings eine Selbstverständlichkeit sein und nicht im Sinne eines voraussetzenden Gehorsams bezüglich einer eventuellen EG - Mitgliedschaft erfolgen.

Das Nichtdiskriminierungsgebot darf sich nicht nur auf BürgerInnen der EG beschränken. In diesem Sinne sollten BürgerInnen aus Entwicklungsländern bevorzugt behandelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Strv Psychologie Wien